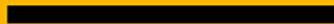


ULRICH DROBNIG
MICHAEL BECKER
OLIVER REMIEN

Verschmelzung und Koordinierung von Verbänden



Mohr Siebeck

Verschmelzung und Koordinierung von Verbänden

Innerstaatliche, internationale
und innerdeutsche Integration

von

Ulrich Drobniq,
Michael Becker und Oliver Remien



J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Drobnig, Ulrich:

Verschmelzung und Koordinierung von Verbänden : innerstaatliche, internationale und innerdeutsche Integration / von Ulrich Drobnig ; Michael Becker und Oliver Remien. – Tübingen : Mohr, 1991

ISBN 3-16-145769-2

eISBN 978-3-16-163018-7 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

NE: Becker, Michael;; Remien, Oliver:

© 1991 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Lichtsatz Walter in Lustnau aus der Times-Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf säurefreies Werkdruckpapier der Papierfabrik Nieferrn gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Verschmelzung und Koordinierung von Verbänden – Vereinen, arbeitsrechtlichen Koalitionen, Parteien – haben ganz im Gegensatz zu den vergleichbaren Vorgängen bei Kapitalgesellschaften (Fusion und Konzernierung) bis vor kurzem kaum Aufmerksamkeit gefunden. Im Jahr 1990 sind sie aber im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands aus dem Hintergrund des Verbandsrechts bis in die Spalten der Tageszeitungen vorgerückt – und haben auch uns praktisch beschäftigt. Viele Verbände haben sich vor oder nach dem 3. Oktober 1990 (wieder-)vereint. Verschmelzung und Koordinierung von Verbänden können aber auch ganz unabhängig von solch einmaligen staatspolitischen Vorgängen aus den verschiedensten Gründen praktisch werden. Diese Formen der Integration bedürfen einfacher und zugleich interessengerechter Lösungen – wie im besser durchgebildeten Recht der Kapitalgesellschaften. Eine allgemeine umfassende Untersuchung über das Thema fehlt jedoch. Das wird der heutigen Bedeutung der Verbände nicht gerecht.

Eines der Hauptergebnisse der hier vorgelegten Untersuchung ist eine entschiedene Kritik der bisher im Vereinsrecht gängigen Ablehnung einer vollen Verschmelzung, also einer mit denselben Rechtsfolgen wie bei einer Fusion von Kapitalgesellschaften. Wir meinen, daß diese Versagung des Fusionsprivilegs den allgemeinen Grundsätzen des Verbandsrechts und zwingenden Verfassungsvorschriften widerspricht. Hinzu kommt, daß der Ausschluß einer echten Fusion auch nicht den besonderen Umständen der Lage Deutschlands gerecht wird, namentlich der Vielzahl gespaltener oder getrennter Parallelvereinigungen. Verschmelzung und Koordinierung sind vielmehr als Institutionen eines rechtsformübergreifenden Allgemeinen Verbandsrechts zu begreifen; daraus ist die Zulässigkeit der Fusion und Koordinierung von Verbänden abzuleiten. Dieses Ergebnis ist ebenfalls verfassungsrechtlich geboten.

Für den Zusammenschluß von Verbänden bieten sich drei Modelle an, die unterschiedlichen faktischen Situationen und rechtlichen Vorteilen wie Risiken Rechnung tragen. Die vollkommenste Vereinigung läßt sich durch Verschmelzung im kapitalgesellschaftsrechtlichen Sinne erreichen. Aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen mag aber häufig nur die Übernahme einzelner persönlicher oder materieller Elemente eines Verbandes in Betracht kommen. Schließlich ist an eine lockere Zusammenfassung durch Koordinierung zweier Verbände mittels eines gemeinsamen Ausschusses zu denken; sie mag auch lediglich eine Vorstufe für einen der anderen Wege sein.

Diese drei Varianten werden jeweils für drei unterschiedliche Rechtsräume untersucht. Zunächst für innerstaatliche Zusammenschlüsse von Verbänden in Deutschland (Kapitel 1); sodann für internationale Zusammenschlüsse, die in Zukunft auf europäischer Ebene Bedeutung erlangen könnten (Kapitel 2); und schließlich für innerdeutsche – namentlich diejenigen aus der Übergangsphase vor der Einigung Deutschlands am 3. Oktober 1990, die Gerichte und Wissenschaft noch für einige Zeit beschäftigen können (Kapitel 3).

Für die professionelle Betreuung des Manuskripts danken wir unseren Sekretärinnen, allen voran Frau Angelika Manu.

Hamburg, im Januar 1991

U. Drobniq

M. Becker

O. Remien

Inhalt

Vorwort	III
Abkürzungen	XI

1. Kapitel

Die Vereinigung von Verbänden nach deutschem materiellen Recht

I. Überblick zum Verbandsrecht	1
1. Vereine	1
2. Arbeitsrechtliche Koalitionen	4
3. Parteien	6
4. Zum Gang der Darstellung	8
II. Verschmelzung	8
A. Die Verschmelzung als Rechtsinstitut mit zivil- und steuerrechtlichen Vorzügen	9
1. Wesen	9
2. Zivilrechtliche Vorteile	10
3. Steuerliche Vorteile	11
B. Zulässigkeit	13
1. Allgemeines Verbandsrecht	13
a) Allgemeine Grundsätze des Zusammenschlusses von Personenverbänden	14
(1) Entwicklung des Rechts der Verschmelzung	14
(2) Anerkennung eines Allgemeinen Verbandsrechts ..	16
b) Verschmelzung bei nichtrechtsfähigen Vereinen	21
c) Verbände mit verfassungsrechtlichem Sonderstatus ...	24
(1) Parteien	24
(2) Arbeitsrechtliche Koalitionen	26
d) Exkurs: Ausländische Erfahrungen	27

2. Grundrechte	31
a) Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit	31
b) Gleichbehandlungsgrundsatz und Willkürverbot	34
3. Ergebnis: Zulässigkeit der Verbandsfusion	36
C. Voraussetzungen und Durchführung	37
1. Verschmelzungsvertrag	37
a) Inhalt des Verschmelzungsvertrages	38
b) Form	38
2. Verschmelzungsbericht und -prüfung entsprechend §§ 340 a, 340 b AktG	39
3. Zustimmung der Mitglieder	41
a) Mehrheitserfordernis	41
b) Außerordentliches Austrittsrecht	42
D. Wirkungen	43
E. Ergebnis	44
III. Auflösung eines Verbandes mit Übertragung von Mitgliedern und/oder Vermögen	45
A. Auflösung eines Verbandes	45
B. Übernahme von Mitgliedern	46
C. Übernahme von Arbeitnehmern	48
D. Abwicklung des Vermögens und Übertragung von Vermögenswerten	49
E. Haftung für Verbindlichkeiten des aufgelösten Verbandes ...	50
F. Zusammenfassung	50
IV. Koordinierung von zwei Verbänden	51
A. Allgemeine Grundlagen	51
B. Durchführung	54
C. Registerpublizität	57

2. Kapitel

Die Vereinigung von Verbänden im Internationalen Privatrecht

I. Verbände im internationalen Raum	60
II. Verschmelzung	61
1. Kollisionsrechtliche Anknüpfung	62

2. Möglichkeit und Voraussetzungen der Verschmelzung über die deutsche Grenze	64
III. Auflösung und Übertragung von Elementen	67
1. Auflösung eines Verbandes	67
2. Übernahme von Mitgliedern	67
3. Übernahme von Arbeitnehmern	67
a) Allgemeine kollisionsrechtliche Anknüpfung	68
b) Sonderanknüpfung?	70
4. Abwicklung des Vermögens und Übertragung von Vermögenswerten	71
5. Haftung für Verbindlichkeiten des aufgelösten Verbandes ...	72
IV. Koordinierung von zwei Verbänden	75

3. Kapitel Innerdeutsches Recht

I. Verbandsrecht in der DDR	77
1. Vereine	78
2. Arbeitsrechtliche Koalitionen	81
3. Parteien	84
4. Folgerung	86
II. Verschmelzung	87
1. Innerdeutsches Kollisionsrecht	87
a) Vorbemerkung	87
b) Bundesrepublik	88
c) DDR	89
d) Ergebnis	90
2. Materielles Bundesrecht	91
a) Wiedervereinigungsgebot	91
(1) Tragweite	91
(2) Bedeutung für die innerdeutsche Vereinsfusion	93
b) Staatsvertrag über eine Währungsunion	96
c) Einigungsvertrag	97
d) Folgerung	98

3. Materielles Recht der DDR	98
a) Rechtslage vor der Wende	98
b) Übergangsphase	99
c) Staatliche Vereinigung	100
d) Ergebnis	101
III. Auflösung und Übertragung einzelner Elemente	101
1. Auflösung eines Verbandes	102
a) Innerdeutsches Kollisionsrecht	102
(1) Bundesdeutsches Kollisionsrecht	102
(2) Kollisionsrecht der DDR	102
b) Materielles Recht der DDR	103
2. Übernahme von Mitgliedern	104
a) Innerdeutsches Kollisionsrecht	104
b) Materielles Recht der DDR	104
3. Übernahme von Arbeitnehmern	105
a) Innerdeutsches Kollisionsrecht	105
(1) Bundesdeutsches Kollisionsrecht	105
(2) Kollisionsrecht der DDR	105
b) Materielles Recht der DDR	106
(1) Rechtslage vor der Wende	106
(2) Rechtslage seit der Wende	107
(3) Rechtslage seit der Vereinigung	107
4. Abwicklung des Vermögens und Übertragung von Vermögenswerten	108
a) Innerdeutsches Kollisionsrecht	108
(1) Bundesdeutsches Kollisionsrecht	108
(2) Kollisionsrecht der DDR	109
(a) Verpflichtungsgeschäft	109
(b) Verfügungen	110
b) Materielles Recht der DDR	111
(1) Übertragbarkeit des Vermögens von gesellschaftlichen Organisationen	111
(2) Übertragung des Restvermögens eines Verbandes in der DDR	111
(3) Übertragungsformen	112
5. Haftung für Verbindlichkeiten des aufgelösten Verbandes ...	113
a) Innerdeutsches Kollisionsrecht	113
(1) Bundesdeutsches Kollisionsrecht	113
(2) Kollisionsrecht der DDR	113
b) Materielles Recht der DDR	114

IV. Koordinierung von zwei Verbänden	114
1. Innerdeutsches Kollisionsrecht	114
a) Bundesdeutsches Kollisionsrecht	114
b) Kollisionsrecht der DDR	115
2. Materielles Recht der DDR	115
a) Rechtslage vor der Wende	115
b) Rechtslage seit der Wende	116
Fazit	118
Verzeichnis der mehrfach angeführten Literatur	121
Sachregister	123

Abkürzungen

Verwendet werden die üblichen Abkürzungen, für die auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache (3. Aufl., Berlin und New York, 1983) verwiesen sei. Folgende weniger bekannte oder zeitbedingte Abkürzungen sind besonders zu nennen:

AGB	Arbeitsgesetzbuch der DDR vom 16.6.1977
BerDGesVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BG	Bundesgericht (Schweiz)
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift (München)
EV	Einigungsvertrag
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FS	Festschrift
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (DDR)
Gaz.Pal.	Gazette du Palais (Frankreich)
GBI.	Gesetzblatt der DDR
GIW	Gesetz über internationale Wirtschaftsverträge vom 5.2.1976 (DDR)
IntGesR	Internationales Gesellschaftsrecht
IzRspr.	Sammlung der deutschen Entscheidungen zum interzonalen Privatrecht, bearbeitet von Drobnig
LDP	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
N.B.W.	Nieuw Burgerlijk Wetboek (Niederlande)
Neth.Int.L.Rev.	Netherlands International Law Review
OG	Obergericht (Danzig)

OR	Obligationenrecht (Schweiz)
RAG	Rechtsanwendungsgesetz vom 5.12.1975 (DDR)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Stb.	Staatsblad (Niederlande)
StuR	Staat und Recht (Potsdam)
WR	Wirtschaftsrecht, Zeitschrift für Theorie und Praxis des sozialistischen Wirtschaftsrechts (Berlin)
ZGB	Zivilgesetzbuch der DDR vom 19.6.1975

1. Kapitel Die Vereinigung von Verbänden nach deutschem materiellen Recht

I. Überblick zum Verbandsrecht

Verbände nehmen als gruppenbildende und interessenvertretende Zusammenschlüsse einzelner Menschen im gesellschaftlichen wie staatlichen Leben eine breite Rolle ein. Dies trifft auf Idealvereine wie für sonstige Verbände unter Einschluß der arbeitsrechtlichen Koalitionen und der politischen Parteien zu. Die Ausgestaltung des Rechts auf Assoziierung ist ein Spiegelbild der in einem Gemeinwesen überhaupt herrschenden Freiheitlichkeit.¹ Die grundrechtliche Gewährleistung der Vereinigungsfreiheit und die Geschichte des deutschen Vereinsrechts im 19. und 20. Jahrhundert belegen dies anschaulich. Als Grundlage einer Untersuchung der Möglichkeiten und Zulässigkeit von Verbandszusammenschlüssen ist ein Blick auf den Status dieser Verbände angebracht. Hier ist nur eine geraffte, nicht alle Einzelheiten nachzeichnende Darstellung der Vereine, arbeitsrechtlichen Koalitionen und Parteien geboten.

I. Vereine

Art. 9 Abs. 1 GG gewährt allen Deutschen das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden. Der privatrechtliche Rahmen für die Ausnutzung dieser Freiheitsgarantie wird vor allem durch das in den §§ 21–79 BGB geregelte Vereinsrecht zur Verfügung gestellt. Das Gesetz unterscheidet dort zwischen Idealvereinen, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist (§ 21 BGB),

¹ Dazu ausführlich MünchKomm. (-Reuter) Vor § 21 Rz. 48.